

Die Weltlage erfordert eine neue Haltung, eine moralische Anstrengung im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Wir haben noch eine „Bewährungsfrist“, um Frieden zu schaffen. Wir bestehen darauf, daß man systematisch nach Abkommen für die kontrollierte Rüstungsbegrenzung sucht, nach fortschreitender Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Unübersehbar werden für alle Völker die Vorteile dieser unbedingt erforderlichen Entspannung sein, die der Vernunft und der Brüderlichkeit wieder rechtes Gewicht in den Beziehungen zwischen den Menschen verleiht. In der heutigen alarmierenden Situation ist das der Weg, auf den der gesunde Menschenverstand und der Glaube klar und deutlich hinweisen.

Um den Krieg zu verhindern, müssen die Politiker und die verantwortlichen Militärs eine quantitative oder qualitative Rüstungseskalation verhindern, die auf die Erlangung der strategischen Vormachtstellung hinzielt. Von einem Gleichgewicht der Kräfte aus müssen Abrüstungsverhandlungen begonnen werden. Dabei kommt es nicht nur auf den Vergleich des Waffenpotentials an, vielmehr sollen auch andere Faktoren berücksichtigt werden, also wirtschaftliche Macht, Rohstoffe, geopolitische Lage usw. Auch die Geschichte der Völker wird zu beachten sein. Die Reaktion auf ihre Sicherheitsbedürfnisse kann sie in ihrem Vertrauen zum Frieden bestärken oder entmutigen. Ihre Hoffnung wird gestärkt, wenn solide juristische Regeln und mit ausreichender Macht ausgestattete internationale Organisationen die äußeren Beziehungen der Staaten und der Völker garantieren, und wenn die Einhaltung der internationalen Abkommen unantastbares Gesetz wird.

Im übrigen gestalten und sichern wir den Frieden, indem wir den Völkern helfen, die Situation der anderen zu verstehen, deren Ruf nach Sicherheit zu hören und deren Ängste ernst zu nehmen, und indem wir dazu beitragen, daß Begegnungen oder Zeichen der Solidarität die Menschen zueinanderführen und so Konflikte wie die von gestern oder heute unmöglich machen.

Wir müssen alle dafür arbeiten, daß jede Nation ihre Lebensform frei gestalten und sich gegen Druck oder Erpressungen von außen wehren und verteidigen kann. Der moralische Wert des Selbstverständnisses eines Volkes hat

erhebliche politische Bedeutung. Seine Widerstandskraft gegen Aggression wird nicht nur von der Zahl der Bataillone, über die es verfügt, bestimmt; sie hängt vor allem von der Entschlossenheit ab, das Leben selbst zu gestalten, Opfer zu bringen und Risiken auf sich zu nehmen. Der Vorrang der ethischen Werte bei der Ausrichtung unserer Politik ist nicht eine Frage zweiten Ranges, sondern ein wichtiger, wenn auch oft vernachlässigter Faktor der Kriegsverhütung.

Für das Wohl aller

In diesem Sinne begegnen sich heute Ethik und Politik bei der Meisterung heikler Situationen. Einfache Ideen und Schlagworte genügen dabei nicht. Politische Verantwortung erfordert, daß das Wohl aller und die Möglichkeiten jedes einzelnen nach den Kriterien der Würde des Menschen geachtet werden. Das Leben von Millionen Menschen liegt im gefährlichen Schatten eines überall in der Welt aufgehäuften Vernichtungspotentials. Es ist noch mehr gefährdet durch ungerechte Systeme, die zu Tyrannei, Völkermord und Massenvernichtung führen.

Eine wahre Friedenspolitik muß diese beiden Konfliktquellen zugleich sehen. Indem sie dazu beiträgt, das Leben menschlicher zu gestalten, sichert sie die Zukunft mit Vernunft und Liebe, „die allein die Welt aufbauen“.

Wir Bischöfe in Deutschland und Frankreich wissen, wie Europa in der Vergangenheit vom Krieg verwüstet und zerrissen wurde. Wir wissen, daß der Friede nicht allein die Frucht des gesunden Menschenverstandes oder der Vernunft ist. Unser Glaube lehrt uns, daß die Würde jedes menschlichen Wesens in der schöpferischen Liebe Gottes ruht. Dieses Bild vom Menschen hat Jesus Christus durch seinen Tod und seine Auferstehung erneuert. In seiner Nachfolge sind alle Christen aufgefordert, „Gestalter des Friedens“ zu werden, die wie das Evangelium sagt, echte Söhne Gottes sind.

Der Dienst am Frieden ist ein konkretes Werk des christlichen Glaubens und zugleich ein dringendes Erfordernis unserer Zeit. Darum bitten wir den Herrn, der unser Friede und unsere Versöhnung ist, er möge uns die Gnade der Versöhnung und des Friedens schenken.

Kirche und Fremdenangst

Eine Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Am 23. Juni veröffentlichte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, eine Erklärung, die die wichtigsten Forderungen und Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Diskussion über die Ausländer in der Bundesrepublik zusammenstellt. Wir dokumentieren den Wortlaut der Erklärung.

In der Kirche gibt es kein Ausland und keine Grenzen; denn alle Getauften haben dasselbe Bürgerrecht. Aber auch in Staat und Gesellschaft sind die Würde und die Menschenrechte der Ausländer zu achten. In den letzten Jahrzehnten sind Millionen von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, nicht nur um Arbeit

zu suchen, sondern weil sie angeworben und gerufen worden sind, um unseren Wohlstand zu mehren.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland verändert. Es hängt wohl damit zusammen, daß in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ein gewisser Stimmungswandel gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien erkennbar ist, der sich in Fremdenangst und sogar in Fremdenhaß äußert¹. In Politik und Verwaltung haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich in Einschränkungen und abwehrenden Maßnahmen den Ausländern gegenüber niedergeschlagen. Verständliche Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft und tiefsetzende Ängste um die eigene und nationale Identität werden – wie in der Geschichte so oft – auf die „Fremden“ übertragen. Sie geraten in die Rolle des Sündenbocks. Dies macht ein Wort der Kirche an die Öffentlichkeit und in die eigenen Reihen hinein erforderlich.

I. Verantwortung der Gesellschaft

Papst Johannes Paul II. hat bei seinem Deutschlandbesuch gefordert, jede aufkeimende Fremdenfeindlichkeit sorgsam zu beobachten, damit sich – auch mit Hilfe der Medien und aller Gestalter der öffentlichen Meinung – gegen blinde Angstgefühle und instinktive Abwehrreaktionen ein sachgerechter Realismus Geltung verschafft, der mutig genug ist, ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum als Illusion zu bezeichnen und die Bevölkerung auf eine Einschränkung im Konsumverhalten vorzubereiten². Viele öffentliche Erklärungen lassen diesen sachgerechten Realismus vermissen. Wenn übertriebene Zahlen der Zuwanderung und Bevölkerungsentwicklung verbreitet werden, können vorhandene Ängste unnötigerweise noch verstärkt werden. Zu einem sachgerechten Realismus gehört die Einsicht, daß Fremdenfeindlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland nach innen und außen verheerende Folgen haben würde, und daß es für die europäische Integration verhängnisvoll ist, wenn das Wirtschaftsgefälle zwischen den Industrienationen und den anderen Ländern sich noch weiter verstärkt³.

Die Kirche wird sich von ihrem Auftrag her vor allem der Fremden und Bedrängten annehmen. Sie macht sich die Leiden und Anliegen der Randgruppen und Unterdrückten zu eigen und tritt als Anwalt und Verteidiger ihrer Rechte auf. Dabei umfaßt die Diakonie der Kirche alle Fremden und Bedrängten ohne Ausnahme und Unterschied von Herkunft und Religion⁴, auch die türkische Bevölkerung.

Die unter uns lebenden Ausländer dürfen nicht zu einem vierten Stand derer werden, die auf der untersten Stufe der Gesellschaftspyramide stehen und deren Kinder weder Ärzte noch Lehrer, noch Juristen, noch Ingenieure werden können. Das mit allen Kräften zu verhindern ist christliche Pflicht. Aus diesem Grunde ist im Erzbistum Köln für die italienische junge Generation das Internat „Papa Giovanni“ in Stommeln und das „Istituto Scolastico Italiano“ in Köln gegründet worden, in dem eine

„Scuola Media per adulti“, ein „Istituto Professionale per il Commercio“ und ein „Istituto Magistrale“ zusammengefaßt sind. Eine ähnliche Einrichtung ist für die Spanier und Portugiesen geschaffen worden. Die Studienabschlüsse sind in Deutschland und in den Heimatländern anerkannt, so daß sie sowohl für jene, die in ihre Heimat zurückkehren, als auch für die in Deutschland Bleibenden berufliche Chancen bieten.

In der Einheit mit dem Papst, der gesamten Kirche und den Europäischen Bischofskonferenzen erheben die deutschen Bischöfe fünf Forderungen:

1. Ehegatten haben das Recht zusammenzuleben. Dies gilt auch für die ausländischen Arbeitnehmer. Es widerspricht diesem Recht, wenn neuverheirateten Ehegatten der Nachzug aus dem Heimatland erst nach einem oder drei Jahren gestattet wird. Eltern haben das Recht, ihre Kinder zu erziehen, und Kinder haben einen Anspruch, in der Familie ihrer Eltern zu leben. Das gilt nicht nur für Kinder unter sechs Jahren, sondern auch für heranwachsende Kinder. Diese Rechte dürfen aus ideologischen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht eingeschränkt werden.

2. Es geht nicht an, daß diejenigen, die durch ihre Arbeit zum wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes beigetragen haben, in Wirtschaftskrisen und bei Arbeitslosigkeit ohne weiteres in ihr eigenes, wirtschaftlich noch schlechter gestelltes Land zurückgeschickt werden⁵.

Natürlich kommt dem Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu, den Zuzug von Ausländern auf sein Hoheitsgebiet sozialverantwortlich zu steuern. Das ist bisher bereits durch den Anwerbestop und einschränkende Maßnahmen des Ausländerrechtes geschehen. Im übrigen hat die Arbeitslosigkeit in besonderer Weise die ausländischen Arbeitnehmer betroffen und dazu geführt, daß Hunderttausende in die Heimat zurückgekehrt sind. Weitere staatliche Regelungen dürfen aber keineswegs auf Kosten der Rechte von Menschen und Familien gehen, die bei uns eine neue Existenz gefunden haben. Wohl aber können sie dem Mißbrauch wehren.

3. Im Blick auf gewisse nationale und innenpolitische Argumente, die in der Ausländerpolitik vorgebracht werden, erhebt sich die Frage, ob diese Aussagen außenpolitisch und wirtschaftlich der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr schaden als nützen. Die Liebe zum deutschen Volk und zur deutschen Kultur kann nur durch das Aufeinanderzugehen, nicht durch Abgrenzung von den Ausländern gefördert werden.

4. Bei der Diskussion um die Arbeitsplätze vermissen wir den Hinweis, daß die rund 4,7 Millionen Ausländer als Verbraucher mit ihrer Kaufkraft eine große Zahl von Arbeitsplätzen auch für Deutsche geschaffen haben und erhalten. Werden diese Arbeitsplätze bei der Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat nicht vernichtet werden? Auch dürfte es sich ungünstig auf den deutschen Export auswirken, wenn im Ausland der Eindruck entsteht, in Deutschland greife eine ablehnende Haltung gegenüber den Ausländern um sich.

5. Schließlich muß angemerkt werden, daß die Anwesen-

heit von etwa 1,7 Millionen Muslimen die Katholische Kirche vor Fragen stellt, die das Staatskirchenrecht und die sozialen und erzieherischen Einrichtungen der Katholischen Kirche betreffen. Wir bemühen uns um angemessene Lösungen. Im übrigen bekennen wir uns zu einer Integration der ausländischen Mitbürger, die auf die kulturelle und religiöse Identität der Ausländer Rücksicht nimmt. Alle Maßnahmen jedoch, die Zwietracht zwischen Deutschen und Ausländern säen, widersprechen diesem Ziel und verstoßen gegen das Gemeinwohl und die Humanität.

II. Verantwortung der Kirche

Die Unruhe in der Gesellschaft, die sich als Fremdenangst und Fremdenabwehr äußert, macht vor der Kirche, ihren Pfarreien und Verbänden nicht halt. Deswegen ist auch ein Wort in die Kirche hinein angezeigt.

Was die Kirche nach außen sagen muß, ob gelegen oder ungelegen, verlangt in der Kirche selbst volle Geltung. Verkündigung, christliche Unterweisung und Erwachsenenbildung sollten sich daher ausdrücklich und ausführlich mit den Grundauffassungen der kirchlichen Lehre über die Familie, auch die Familie der Eingewanderten befassen⁶. Des weiteren muß die kirchliche Verkündigung die Aufgaben der Kirche gegenüber Minderheiten im eigenen Land herausstellen und an der Überwindung vorhandener Ängste, vor allem in Wohnbereichen mit einem hohen Anteil an nichtdeutscher Bevölkerung, mitwirken. Die Kirche hat darüber hinaus einen besonderen Beitrag zur gegenseitigen Anerkennung, zur Annahme und Aufnahme der Ausländer zu leisten. Etwa zwei Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland bekennen sich zum katholischen Glauben. Die innerkirchliche Gemeinschaft und Solidarität mit diesen Gläubigen ist eine

wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Kirche ihren missionarischen Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft wahrnehmen kann. In der innerkirchlichen Solidarität setzt die Kirche ein Zeichen für die Einheit der ganzen Menschheit⁷.

Wo die Christen selbst Solidarität, gegenseitige Anerkennung und Gemeinschaft verwirklichen, leisten sie einen wichtigen Beitrag für das brüderliche und partnerschaftliche Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in unserem Land⁸.

Die Kirche muß sowohl durch ihre Erklärungen als auch durch ihr Verhalten verhindern, daß unsere Gesellschaft durch das Versagen gegenüber Minderheiten unabsehbarer Schaden nimmt. Es gibt nur eine gemeinsame Zukunft⁹.

Nicht Diskussionen und Programme werden das „Ausländerproblem“ lösen, sondern nur Menschen, die ihrem ausländischen Nachbarn oder Arbeitskollegen so begegnen, wie Jesus Christus es getan hätte.

Anmerkungen

¹ Vgl. Die deutschen Bischöfe, Nr. 32, Pastorale Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit, Seite 7. ² Vgl. Ansprache an die ausländischen Gruppen auf dem Domplatz in Mainz am 17. November 1980, in Verlautbarungen des Apostolischen Stuhles Nr. 25 A, Papst Johannes Paul II. in Deutschland, Seite 94. ³ s. (2): „Auf die Dauer wird sich kein wohlhabendes Land vor dem Ansturm so vieler Menschen, die wenig oder gar nichts zum Leben haben, abriegeln können.“ ⁴ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe, Herder 1976, Seite 378. ⁵ Rat der Europäischen Bischofskonferenzen aus Anlaß der Wallfahrt europäischer Bischöfe nach Subiaco, Erklärung zu Europa, Pressedienst vom 24. 9. 80, 17/80, Seite 4, Nr. 15, 16. ⁶ Vgl. Päpstliche Kommission für Auswanderungsfragen und Tourismus: „Kirche und Menschen unterwegs“, Vatikanstadt 1978, Seite 34. ⁷ Vgl. Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Offizielle Gesamtausgabe, Herder 1976, Seite 385: „Für das harmonische und partnerschaftliche Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in einem Land sollte die Kirche einen besonderen Beitrag leisten: auf lokaler und staatlicher Ebene, im Leben der Gemeinden ebenso wie in der Führung der Kirche.“ ⁸ Motto zum „Tag des ausländischen Mitbürgers“, 24. 9. 1978. ⁹ Bischof Dr. H. H. Wittler, Osnabrück, in „Christ und Bildung“, Nr. 5, Seite 120/121.

Theologische Zeitfragen

Gelebter Glaube in Lateinamerika

Wurzeln und Entwicklungen der Theologie der Befreiung

„Wir haben die Pflicht, geliebte Brüder, die Wirklichkeit aufzuzeigen und zu wissen, wie unter uns der Wille Gottes sich widerspiegelt oder aber in Mißkredit gebracht wird. Niemand nehme Anstoß daran, daß wir im Lichte des göttlichen Wortes, das in unserer Eucharistiefeyer verkündet wird, die soziale, politische und wirtschaftliche Wirklichkeit beleuchten. Denn dies nicht zu tun, wäre gegen das Christentum; Christus wollte wiederauferstehen unter uns, damit dieses Licht, das er vom Vater bringt, zum Leben der Menschen und Völker wird.“ Diese Worte

von Erzbischof *Oscar A. Romero* aus seiner letzten Predigt, am Tag vor seiner Ermordung in San Salvador, sind Ausdruck jener neuen Weise theologischen Denkens und Handelns in Lateinamerika, die in einer Art von Sammelbegriff als „Theologie der Befreiung“ bezeichnet wird. Es ist eine ungeschriebene, praktische und prophetische Theologie, eine eher gegenwartsbezogene und situationsgerechte Spiritualität, eine handlungsorientierte religiöse und – im weitesten Sinn – politische Bewegung, „eine Sache der Haltung“ (Kardinal *Arns*), kurz: gelebter Glaube